

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	16. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. Oktober 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 6 der Tagesordnung: Erweiterung der Karlsruher Erstwohnsitzkampagne auf Auszubildende und Berufsfachschülerinnen und Berufsfachschüler
Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach, Dr. Ute Leidig und Renate Rastätter, der Stadträte Michael Borner, Alexander Geiger und Joschua Konrad (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 7. Juli 2015
Vorlage: 2015/0419

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Stadtrat Borner.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung der Grünen-Gemeinderatsfraktion in allen Punkten zustimmt. Auch für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass auch Auszubildende, Berufsfachschülerinnen und Berufsfachschüler in den Genuss der Vorteile der Erstwohnsitzkampagne kommen, wenn sie ihren Erstwohnsitz nach Karlsruhe verlegen. Ich hoffe, dass die konzeptionellen Überlegungen seitens des Stadtmarketings spätestens bis zum nächsten klassischen Beginn des Ausbildungsjahres 2016 abgeschlossen sind. Des Weiteren würde ich mir eine Lösung wünschen, dass diejenigen, die im Laufe des Jahres 2016 eine Ausbildung beginnen, auch noch berücksichtigt werden. Ich denke hier z. B. an Krankenpflegeschülerinnen und Krankenpflegeschüler, deren Ausbildungsbeginn auch im Januar oder April sein kann. Darüber hinaus würde ich mir eine Gegenüberstellung der Kosten für die Erstwohnsitzkampagne, aber auch der Einnahmen durch Zuwendungen für neue Karlsruher Mitbürgerinnen und Mitbürger wünschen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann es relativ kurz machen, denn bereits 2006 hat die CDU-Fraktion diese Erstwohnsitzkampagne sehr positiv begleitet. Der entscheidende Satz steht auch vor allem in der Verwaltungsvorlage im drittletzten Absatz, dass es aufgrund der Chancengleichheit nicht nachvollziehbar wäre, warum Studierende, die ihren Erstwohnsitz in Karlsruhe neu aufnehmen anders behandelt werden sollen als Außenstehende. Von daher sind wir der Meinung, dass dies durchaus im Aufsichtsrat der Stadtmarketing weiter behandelt werden sollte. Ob dies allerdings für 2016 reicht, wage ich zu bezweifeln. Wenn man etwas gut vorbereitet, kann das auch seine Zeit dauern, dass wir das zeitnah auch entsprechend vorstellen können.

Ich will aber auch nicht vergessen, dass wir es trotzdem positiv begleiten und den Antrag natürlich unterstützen, dass wir in einer Phase der Haushaltskonsolidierung stehen und deswegen auf den dritten Satz der Vorlage noch einmal hinweisen. Neben der Einnahmenseite muss auch die Kostenseite überprüft werden. In diesem Sinne stehen wir sehr positiv dem weiteren Verlauf im Stadtmarketing gegenüber.

Stadträtin Uysal (SPD): Mit diesem Antrag schaffen die Grünen-Kollegen einen weiteren Schritt in Richtung Willkommenskultur. Auch wir finden diesen Antrag sehr sinnvoll und begrüßen diesen auch sehr. Die Ausweitung der erfolgreichen Erstwohnsitzkampagne auf Auszubildende und Berufsschüler wird weitere junge Menschen an Karlsruhe binden. Auch schafft diese Kampagne eine Win-Win-Situation für beide Seiten, sowohl für die Stadt als auch für Auszubildende und Berufsschüler. Jetzt muss nur noch die Kostenseite geklärt werden. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt und hoffen sehr, dass die Überprüfung für diesen Antrag spricht. Wir hoffen, wenn die Ergebnisse möglichst bald bei uns vorliegen, dass wir dann 2016 mit dieser Kampagne auch für Berufsschüler und Auszubildende starten können. Das wäre ein toller Gewinn für uns.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Auch wir stimmen dem Antrag ganz eindeutig zu. Das ist eine super Idee. Wir können gerne versuchen, es genauer finanziell zu betrachten. Es ist eigentlich klar, dass die Stadt finanzielle Vorteile davon hat. Damit das nicht falsch verstanden wird: Wir wenden uns hier jetzt nicht mit unserer Ersatzwohnsitzkampagne irgendwie an alle, dass wir sagen, zieht jetzt alle nach Karlsruhe und wir unsere Wohnsituation verschlechtern, sondern es richtet sich an die, die sowieso schon nach Karlsruhe ziehen, dann hier unter der Woche wohnen, hier ihren Hauptwohnsitz eigentlich haben, aber aus Gründen der Einfachheit ihre ganze wichtige Post noch ins Elternhaus bekommen wollen, wo sie quasi am Wochenende ab und zu mal sind. Im Prinzip geht es nur darum, dass wir für die Belastung, die wir als Stadt sowieso schon haben durch unsere zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner, dass wir da dann eben beim kommunalen Finanzausgleich entsprechende Berücksichtigung finden.

Das Programm wird wunderbar gut angenommen. Es ist der richtige logische Schluss, dass es auch auf die Auszubildenden und Berufsschüler erweitert werden soll. Es sorgt auch dafür, dass im Prinzip alle, die damit in Kontakt kommen - es wird sehr stark beworben unter den Studierenden und sorgt dafür, dass alle, die sich daran beteiligen -, auch den ersten positiven Kontakt zur Stadt Karlsruhe haben. Ich hatte das auch. Ich bin sogar zweimal nach Karlsruhe gezogen und habe das zweimal wahrgenommen, weil ich inzwischen wieder weggezogen war. Auf jeden Fall funktioniert das Programm

wunderbar. Wir sehen das jedes Jahr an unseren Zuzugszahlen. Von daher können wir das nur ausdrücklich begrüßen.

Stadtrat Jooß (FDP): Im Zuge der Gleichberechtigung müssen wir natürlich die Auszubildenden einbeziehen. Ich ärgere mich, dass ich nicht diesen Antrag gestellt habe, lieber Kollege von den Grünen. Es ist absolut korrekt, dass man auch die Auszubildenden mit einbezieht, zumal diese, wie schon gesagt, länger hier wohnen, vielleicht auch anschließend hier wohnen und hier dann auch ihre Steuern bezahlen, den Anteil an der Einkommensteuer und jetzt vielleicht schon, wenn sie eine gute Ausbildungsvergütung haben, wir nicht nur die Zuweisung bekommen, sondern auch von dem Teil der Steuer partizipieren, die wir vom Land oder vom Bund bekommen. Deswegen bin ich absolut dafür, dass wir diese jungen Leute einbeziehen, zumal sie hier wohnen und auch viel früher aufstehen als die Studenten. Deswegen müssten wir sie sogar bevorzugt hier behandeln. Von daher ist es mir ganz wichtig, und ich bin froh, dass dieser Antrag gestellt wurde.

Stadtrat Wenzel (FW): Karlsruhe ist wahrlich eine attraktive Stadt für junge Leute wie Studenten. Sie ist aber auch attraktiv für Auszubildende und Berufsfachschülerinnen und -schüler. Mit diesem Goodie, die Gruppen an unsere Stadt zu binden, ist ein Gewinn für beide Seiten. Deshalb danke für den Antrag und volle Zustimmung.

Der Vorsitzende: Aber die Bäcker, lieber Herr Jooß, können sich natürlich auch nach der Arbeit noch anmelden. Von daher erwarten Sie hoffentlich nicht, dass wir um halb zwei jetzt schon die Bürgerbüros öffnen.

Wir haben übereinstimmend zur Kenntnis genommen, dass Sie das alle unterstützen, und dass wir in dieser Weise tätig werden. Die vorgegebenen Zeitabläufe, die Sie sich wünschen, sage ich Ihnen zu, zumindest mal was das Schuljahr 2016/17 betrifft. Wir berichten da kurzfristig. Es geht aus meiner Sicht auch gar nicht so sehr darum, jetzt die Kosten groß auszudehnen. Wir müssen nur schauen, wie wir an die Leute rankommen. Das ist eigentlich das Thema.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
2. November 2015